

Fukuyama: Scheitert Amerika?

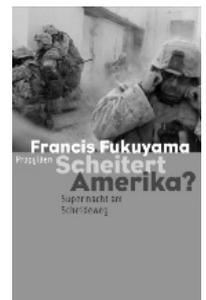
Stefan Fröhlich

Für Francis Fukuyama war das „Ende der Geschichte“, so der Titel seines Bestsellers aus dem Jahr 1992, die logische Konsequenz eines historischen Umbruchs, der Amerika als die einzige global handlungsfähige Weltmacht hinterließ, ihm aber gleichzeitig die Chance gab, sich künftig aus den „überseeischen Verstrickungen“ herauszuhalten, vor denen schon der erste Präsident des Landes, George Washington, in seiner Abschiedsbotschaft an den Kongress seine Landsleute gewarnt hatte. Amerika hatte seine Mission zwar erfüllt: Frieden in Einheit und Freiheit in Europa, verbunden mit der Perspektive relativer Sicherheit ohne Hegemonialkriege. Auch über diesen Paradigmenwechsel hinweg blieb es jedoch für Fukuyama das Ziel, Amerika unversehrt und machtvoll zu halten und das amerikanische Interesse an der Welt von einem möglichst großen Ring befreundeter Staaten umgeben zu wissen. Denn letzten Endes war „das Ende der Geschichte“ ja auch das politische Resultat amerikanischer Aktion zum Schutz der von Amerika verkörperten Werte und Ideale. Es ging folglich nach 1991/92 um die Frage, wie Amerika mit seinem überragenden Machtpotential den sich schon bald als brüchig entpuppenden Frieden gestalten würde – ob als Hegemonialmacht oder unter imperialem Diktat.

In seinem neuesten Buch zieht Fukuyama diesbezüglich eine kritische Bilanz der Bush-Administration und der sie tragenden neokonservativen Ideologie. Die in der „Nationalen Sicherheitsstrategie“ vom September 2002 dargelegte Doktrin des „vorbeugenden Krieges“ (preemptive strike) hat sich für ihn als fataler Fehlschlag für die Befürworter neokonservativer Ideen sowohl innerhalb wie außerhalb der Administration erwiesen, da sie deren Grundprämissen in wenigsten zwei Punkten verletzt. Die traditionellen Werte der Neokonservativen, welche in den 1930er und 1940er Jahren entstanden, basieren nach Fukuyama im Wesentlichen auf vier Punkten: 1. Verbreitung der Demokratie – dabei steht die Überzeugung im Mittelpunkt, dass der Charakter eines Regimes sich auch auf dessen Außenpolitik auswirkt und dass sich in der Außenpolitik die tiefsten liberalen Werte demokratischer Gesellschaften ausdrücken müssen; 2. globaler Einsatz der amerikanischen Macht zu moralischen Zwecken. Danach gibt es einen realistischen Aspekt des außenpolitischen Konzepts der Neokonservativen, der in der Erkenntnis liegt, dass Macht häufig notwendig ist zur Durchsetzung bestimmter Ziele; 3. tiefes Misstrauen bezüglich der Wirksamkeit einer allzu ehrgeizigen staatlichen Sozialplanung – beispielhaft war der Protest gegenüber der „Great Society“ in den sechziger Jahren, wie er vor allem in der Zeitschrift „The Public Interest“ zum Ausdruck gebracht wurde; 4. schließlich die skeptische Haltung gegenüber der Legitimität und Effektivität des Völkerrechts bzw. internationaler Organisationen.



Prof. Dr. Stefan Fröhlich, Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg



Gebunden. € 20,00.
ISBN: 3-5490-7289-9

Besonders der Glaube an die Verbreitung der Demokratie hat sich für Fukuyama als nachhaltiger Irrtum erwiesen. Ganz abgesehen davon, dass die neokonservative Vorstellung von der weltweiten Verbreitung der Demokratie - bei aller Bereitschaft zu deren aktiven Beförderung - eher der Jeffersonschen Idee von der Beispielhaftigkeit der amerikanischen Demokratie, die in die Welt ausstrahlt (city on the hill), entspricht als dem Ideal des Wilsonianismus, der bestrebt ist, Demokratie durch die Schaffung eines Völkerbundes zu erreichen, liegt für Fukuyama der entscheidende Fehler in der naiven Annahme, dass das nach der Beseitigung autoritärer Regime entstehende Machtvakuum automatisch durch eine sich entwickelnde Demokratie gefüllt werde. Dieses Denken sei für die Unterschätzung der Schwierigkeiten im Irak verantwortlich gewesen und habe mittlerweile dazu geführt, dass sich die Bush-Regierung nunmehr zunehmend von der Praxis des Unilateralismus entferne und wieder stärker auf internationale Kooperation setze.

Hier wiederum liegt der zweite Kardinalfehler der Regierung. Auch die neokonservative These von der „wohlwollenden Hegemonialmacht“, die vor allem von William Kristol, Robert Kagan und Charles Krauthammer vertreten wird - und für die er grundsätzlich Sympathien hegt - ist für Fukuyama widerlegt. So habe die in der Bush-Doktrin enthaltene Strategie des „preemptive strike“ die Partner von den USA entfernt und die Legitimität als „wohlwollende Hegemonialmacht“ zerstört. In der Tat wird diese These schon allein durch die Tatsache belegt (auch wenn Fukuyama dies explizit nicht weiter erörtert), dass der „Krieg gegen den Terrorismus“ zwar Anlass und organisierendes Prinzip, keinesfalls aber alleiniges Motiv für die strategische Neuausrichtung der internationalen Beziehungen und der amerikanischen Weltpolitik war. Für die Vertreter eines hegemonialen Internationalismus unter den Neokonservativen lieferte der 11. September zunächst die Begründung für ein aktives Vorgehen nicht nur gegen terroristische Organisationen und „Terrorstaaten“, die die USA und die Welt mit Massenvernichtungswaffen bedrohen könnten, sondern auch gegen solche Staaten, die den globalen Führungsanspruch der USA herauszufordern suchten. In diesem Kontext wurde auch der Krieg gegen den Irak als folgerichtig und notwendig zur Bewahrung der amerikanischen Suprematie gesehen, während die Kritik der europäischen Abweichler an der imperialen Zuspitzung der amerikanischen Außenpolitik der Regierung Bush als gefährlich im Sinne einer Politik des „appeasement“ gegenüber Schurkenstaaten wie dem Irak verurteilt wurde.

Vor diesem Hintergrund plädiert Fukuyama für eine völlige Neuausrichtung der amerikanischen Außenpolitik, die keinesfalls eine im amerikanischen Volk durchaus populäre Rückkehr zu einer Politik der Isolation bedeuten sollte, die sich aber abwendet von dem „zynischen Realismus“, der autoritäre Regime zum Zweck der Stabilität und des Erhalts des eigenen globalen Machtanspruchs entweder gewaltsam stürzt (Irak) oder aber unterstützt (bspw. Saudi-Arabien). Das Ziel der USA muss für Fukuyama zwar weiterhin die Verbreitung der Demokratie bleiben. Diese könne aber keinem Volk aufgezwungen werden, sondern muss von innen heraus unterstützt werden bzw. sich entwickeln. Vielmehr sollten sich die USA darauf konzentrieren, demokratische Institutionen, Entwicklung und Rechtsstaatlichkeit aktiv zu befördern, und somit auf eine langfristige Strategie des „good governance“ setzen. Selbst wenn die Gefahr bestünde, dass Transformations- und Modernisierungsprozesse in autoritären Staaten den Anstieg des Terrorismus vorübergehend gar beförderten, so sei diese Strategie langfristig dennoch die erfolgversprechendere. Damit würden auch ursprüngliche Ideen des Neokonservatismus wie die Gültigkeit universeller Menschenrechte wieder rehabilitiert.